

Gegen Jens Weidmann als neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank! Für ein transparentes Besetzungsverfahren der EZB und eine Währungsunion als Grundstein eines solidarischen Europa

Im Februar 2018 geht durch die Presse, dass Bundesbankpräsident Jens Weidmann als Nachfolger des derzeitigen EZB-Präsidenten Mario Draghi eingesetzt werden soll – und dies mit Unterstützung der SPD. Wir rufen alle, die Reformen der Europäischen Währungsunion im Sinne ökonomischer Stabilität, des Zusammenwachsens der Mitgliedsländer und sozialer Solidarität erreichen wollen, dazu auf, sich öffentlich und deutlich gegen die Berufung von Jens Weidmann und für ein offenes und transparentes Berufungsverfahren auszusprechen.

Die europäische Krisenpolitik zeigt eine verheerende Bilanz: Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, Schwächung von Tarifverträgen und Gewerkschaften, Abbau des öffentlichen Sektors in vielen Ländern. Auch wenn die Rolle der EZB als Teil der „Troika“ in den sog. „Programmländern“ höchst problematisch war, hat sie einen entscheidenden Beitrag für die Beendigung der Krise geleistet, als Mario Draghi im Herbst 2012 seine „Whatever it takes“-Ankündigung machte. Die entschlossenen geldpolitischen Maßnahmen seitdem haben die viel zu spät einsetzende Erholung erst möglich gemacht. Ohne diese Entscheidungen wäre die gemeinsame Währung ohne Zweifel implodiert, mit massiven ökonomischen und sozialen Folgen. Größter Bremschuh für diese Politik war im EZB-Rat die Deutsche Bundesbank, vertreten durch Jens Weidmann. Er hat keinen Versuch unterlassen, die für die Rettung der Eurozone nötigen Maßnahmen zu verschleppen und zu schwächen, wenn sie denn nicht zu verhindern waren.

Bei der nächsten wirtschaftlichen Krise würden unter der EZB-Präsidentschaft Jens Weidmanns erhebliche Zweifel bestehen, ob entschlossen und schnell geldpolitische Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Wahrscheinlicher ist der Fingerzeig auf die krisengeschüttelten Länder, sie sollen den Gürtel enger schnallen und "ihre Hausaufgaben machen". Allein diese Tatsache, ‚eingepreist‘ von den Finanzmärkten, würde die Eurozone instabiler machen und die Finanzierung der Staatshaushalte erschweren. Sinnvolle, ja notwendige Reformen des Euroraums würden erschwert.

Sollte Deutschland, ausgerechnet mit Hilfe der SPD, Jens Weidmann in den Sessel des EZB-Präsidenten heben, markiert das für die gerade der Krise entronnenen Mitgliedsländer einen schweren Rückschlag. Die geldpolitische Ausrichtung von Jens Weidmann steht für *ein rückwärtsgewandtes Europa der Austerität*. Mit ihm an der Spitze der EZB würden die Spielräume für fortschrittliche Reformen von EU und Währungsunion und für fortschrittliche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik in den Mitgliedstaaten beeinträchtigt und eingeengt.

Wir streiten für ein europäisches Deutschland und für eine Geldpolitik, die dem Ziel eines sozialen und solidarischen Europas dient. Wir unterstützen den von Thomas Piketty und anderen prominenten Ökonomen lancierten Appell, die Personalentscheidungen der EZB nach transparenten Kriterien, mit Beteiligung des Europäischen Parlaments und der Öffentlichkeit und nicht im Geklüngel der Regierungschefs zu treffen.

ErstunterzeichnerInnen:

Nacho Álvarez, Professor für angewandte Wirtschaftswissenschaft an der Universidad Autónoma de Madrid

Lars Andersen, Geschäftsführer Wirtschaftsrat der Arbeiterbewegung (ECLM), Kopenhagen

Jörg Bibow, Professor der Volkswirtschaft am Skidmore College

André Bleicher, Professor für allgemeine BWL, strategisches Management und Organisation in der Fakultät Betriebswirtschaft der Hochschule Biberach

Gerd Bosbach, Professor für Statistik und Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Hochschule Koblenz, Standort Remagen

Eberhard Brucker, Vorsitzender AK Ökonomie der SPD München

Giovanni Dosi, Professor der Volkswirtschaft und Institutsleiter an der Scuola Superiore Sant'Anna, Pisa

Franziska Drohsel, ehem. Bundesvorsitzende der Jusos, Berlin

Georg Feigl, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik an der Arbeiterkammer Wien

Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Berlin

Stefan Grönebaum, Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf

Hansjörg Herr, em. Professor für Supranationale Wirtschaftsintegration, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Rudolf Hickel, em. Hochschullehrer für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen

Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen

Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE, Aachen

Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär, Berlin

Michael Krätke, Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University

Marc Lavoie, Professor der Volkswirtschaft an der Universität Ottawa, Kanada

Klaus Lederer, Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin

Steffen Lehndorff, Arbeitsmarktforscher am Institut für Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen

Henning Lenz, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungswesen und Controlling an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Markus Marterbauer, Abteilungsleiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien

Martina Michels, Europaabgeordnete für DIE LINKE, Berlin

Joan Muysken, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Maastricht

Oliver Nachtwey, Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel

Torsten Niechoj, Professor für Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft, Hochschule Rhein-Waal, Kleve

Mario Pianta, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Urbino Carlo Bo

Jan Prieue, em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Ralf Ptak, Wirtschaftswissenschaftlicher Referent, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Nordkirche, Hamburg

Alexander Recht, Ökonom und Lehrer, Köln

Thomas Sauer, Professor am Fachbereich Wirtschaft der Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Malcolm Sawyer, Professor em. für Volkswirtschaft an der Leeds University Business School

Werner Schieder, ehem. MdL und MdB, SPD, Weiden

Helmut Scholz, Europaabgeordneter für DIE LINKE, Brüssel/Berlin

Patrick Schreiner, Gewerkschaftssekretär, Hannover

Sotiria Theodoropoulou, Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI), Brüssel

Axel Troost, Ökonom und ehem. Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE, Leipzig

Jorge Uxó, Associate Professor der Volkswirtschaft, Universität Castilla

Michael Wendl, Ökonom und Gewerkschaftssekretär a.D., München

Alban Werner, Politikwissenschaftler, Aachen

Andrew Watt, Referatsleiter Europäische Wirtschaftspolitik, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Gabi Zimmer, Fraktionsvorsitzende GUE/NGL im Europäischen Parlament, Brüssel

Karl Georg Zinn, em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen